

Wittenberg-Prozess Workshop VIII **- Ergebnispapier -**

Akzeptanz der Chemie-Industrie in unserer Gesellschaft am 15. und 16. September 2011 in Wittenberg

Wittenberg-Prozess der Chemie-Sozialpartner

Der Wittenberg-Prozess ist ein breit angelegtes Dialogforum der Chemie-Sozialpartner BAVC und IG BCE mit dem Ziel, verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft zu fördern. Zentrales Ergebnis ist ein bislang einmaliger Ethik-Kodex, der im Sommer 2008 in Anwesenheit von Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnet wurde. Mit der Sozialpartner-Vereinbarung „Verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft“ gibt es damit erstmals für eine gesamte Branche gemeinsam formulierte ethische Grundsätze.

Diese Leitlinien wurden seit Sommer 2007 in einer Workshop-Reihe in der Lutherstadt Wittenberg erarbeitet („Wittenberg-Prozess“). An den mit Unterstützung des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik organisierten Workshops haben bisher über 250 Vertreter aus der Chemie-Industrie mitgewirkt, vom Auszubildendenvertreter bis zum Vorstand.

Seit 2009 fokussieren sich die Chemie-Sozialpartner im Wittenberg-Prozess auf aktuelle Problemstellungen und Herausforderungen für Branche und Gesellschaft.

Aktuelles Thema:

Akzeptanz der Chemie-Industrie in unserer Gesellschaft

- 1. Die chemische Industrie ist eine tragende Säule unserer Volkswirtschaft.**
Der Alltag der Menschen wird in hohem Maße durch Erzeugnisse aus industrieller Produktion bestimmt: Vom Automobil bis zur Zahnbürste sind zahlreiche Dinge des täglichen Bedarfs Ergebnis industrieller Fertigung. Und an nahezu allen industriellen Fertigungsprozessen hat die Chemie-Branche als „Industrie der Industrie“ mit ihren Vorleistungen und der Bereitstellung von Grundstoffen einen wesentlichen Anteil. Damit ist sie zugleich die gestaltende Kraft bei der Lösung künftiger Herausforderungen: Ob es im Lichte der Klimaerwärmung um neue Formen der Energiegewinnung, eine Verbesserung der Wärmedämmung oder effizientere Verkehrsmittel geht – die Voraussetzungen für den Einsatz neuer Verfahren und Technologien werden in hohem Maße von der Chemie-Industrie mit geschaffen. Mit ihren Forschungs- und Entwicklungsleistungen fördert die chemische Industrie zudem umfassende Substitutionsprozesse z.B. von Metall zu Kunststoffen oder auch die Elektro- und Nano-Chemie.

Zwar hat in Deutschland die Beschäftigung in der Industrie kontinuierlich zugunsten des Dienstleistungssektors abgenommen. Allerdings lässt sich daraus nicht schlussfolgern, dass die „Dienstleistungsgesellschaft“ die „Industriegesellschaft“ abgelöst hätte. Denn nach wie vor bildet die exportorientierte Industrie – und hier im Besonderen die Sektoren der Chemie- und Pharma-Industrie – das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft. Gegenüber den Wachstumsraten in der Industrie fallen die Zuwächse der konsumbezogenen und sozialen Dienstleistungen deutlich geringer aus. Allerdings hat das Wachstum des exportorientierten Sektors zu einem starken Anstieg der Nachfrage nach industrienahen Dienstleistungen geführt. Insofern stehen Industrie- und Dienstleistungssektoren hierzulande nicht in einem substitutiven, sondern vielmehr in einem komplementären Verhältnis.

Die chemische Industrie trägt mit ihren Unternehmen somit in zweifacher Hinsicht zum Erfolg unserer Volkswirtschaft bei: Erstens hat sie in hohem Maße unmittelbaren Anteil an der Entwicklung von Problemlösungen für die Menschen. Zweitens fördert sie dabei mittelbar die Entwicklung und Entfaltung anderer Wirtschaftszweige.

2. Eine erfolgreiche chemische Industrie ist auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen.

Wirken und Handeln von Branchen und Unternehmen stehen grundsätzlich unter dem Vorbehalt gesellschaftlicher Zustimmung. Zwar können sich Wirtschaftsakteure stets auf Recht und Gesetz sowie die Legitimität ordnungsgemäßer Verfahren berufen. Ohne das Vertrauen der Menschen können jene Verfahren indes ihre Wirksamkeit verlieren, wie zahlreiche Beispiele belegen. Gesellschaftlicher Protest und Widerstand können dazu führen, dass die Kosten unternehmerischer Entscheidungen und Handlungen erheblich ansteigen, mitunter bis zur Unwirtschaftlichkeit. Eine geringe gesellschaftliche Akzeptanz hat mit andern Worten zur Folge, dass Unternehmen und Branchen die für ihren nachhaltigen unternehmerischen Erfolg und damit letztlich ihre Existenz notwendige Handlungs- und Planungssicherheit verlieren.

Gerade die Chemie-Industrie ist angesichts ihrer langfristigen Investitionszyklen auf langfristige Planungssicherheit und damit auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Mit ihren vielfältigen Anstrengungen, etwa dem Wittenberg-Prozess, der Responsible Care- Initiative sowie zahlreichen weiteren Maßnahmen auf Unternehmensebene, durch Verbände und die Sozialpartner konnte die Branche in den vergangenen Jahrzehnten das Vertrauen der Menschen sukzessive stärken und zurückgewinnen. So wird die Chemie heute bereits von vielen als Zukunftsbranche und Garant für Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten – auch dank innovativer Tarifverträge – angesehen. Zugleich werden ihr indes nach wie vor Umweltbeeinträchtigungen und ökologische Risiken zugeschrieben. Es besteht mit anderen Worten immer noch eine gewisse Lücke zwischen der zugeschriebenen Zukunftsfähigkeit einerseits und den Potenzialen, die daraus andererseits für die

Lösung von Umweltproblemen tatsächlich resultieren. Diese Diskrepanz kann dazu führen, dass punktuelle Umweltbelastungen oder Unfälle im Sinne bestätigter Erwartungen die öffentliche Wahrnehmung dominieren und dabei die vielfältigen Beiträge unberücksichtigt bleiben, die die Chemie-Industrie sowohl mit Forschung, Entwicklung und Produkten zu Klima- und Umweltschutz beisteuert als auch durch eine permanente Erhöhung ihrer Produktions- und Sicherheitsstandards leistet.

Die daraus resultierenden Akzeptanzverluste aufseiten der Gesellschaft gegenüber der Chemie-Branche können im Ergebnis zu wechselseitiger Schlechterstellung führen: Für die Chemie-Branche verringern sich mit der Abnahme gesellschaftlicher Zustimmung die Handlungsspielräume und damit letztlich die eigene Leistungsfähigkeit. Für die Gesellschaft bedeutet eine eingeschränkt leistungsfähige Chemie-Branche abnehmende Lösungspotenziale in der Bearbeitung drängender gesellschaftlicher Probleme, sowohl im Umweltbereich, aber letztlich auch in solchen Bereichen, die allgemein hin als unproblematisch angesehen werden. Chemie-Industrie und Gesellschaft sitzen mit anderen Worten in einem Boot.

3. Akzeptanz gründet sowohl auf Faktenwissen als auch auf subjektiver Wahrnehmung.

Akzeptanz ist in erster Linie eine Frage des Verständnisses: Bevor Menschen gegenüber anderen, ihren Anliegen und Vorhaben Vertrauen aufbauen können, müssen sie sie verstehen. Die Chemie-Industrie stellt über ihre Verbände, Unternehmen und Sozialpartner eine Vielzahl von Daten und Fakten zu ihren Leistungen und Zielen zur Verfügung; ihre gesamtgesellschaftliche Relevanz für die Wertschöpfung sowie für Dienstleistungen in Bereichen wie Gesundheit, Klimaschutz, Mobilität und demografischer Wandel kann sie glaubhaft belegen. Vor Ort stehen die einzelnen Chemie-Unternehmen den Bürgern im Zuge von Tagen der offenen Tür, Werksbesichtigungen oder durch vielfältige Dialogformate Rede und Antwort.

Verständnis als Voraussetzung für Vertrauen wird indes nicht allein durch Faktenkenntnis, sondern gleichermaßen durch subjektive und hochselektive Wahrnehmung geprägt. Im Hinblick auf die Chemie-Industrie wird diese Wahrnehmung insbesondere durch das individuelle Risikoempfinden, die individuelle Beeinträchtigung durch Handlungen der Branche sowie die persönliche Einbindung in die den Handlungen vorausgehenden Entscheidungen beeinflusst: Erstens bleiben die Wertschöpfungsprozesse der chemischen Industrie – wie in anderen Branchen auch – unabdingbar mit gewissen, wenn auch überschaubaren, Restrisiken verbunden. Zweitens verlangen Produktionsstätten und Infrastrukturen den in unmittelbarer Nachbarschaft lebenden Menschen stets bestimmte Unannehmlichkeiten ab. Und drittens führen Entscheidungen über die Gestaltung der Handlungsbedingungen der Chemie-Branche immer wieder zu Zielkonflikten, die sich nicht vollständig auflösen lassen.

Angesichts dessen können immer wieder Diskrepanzen zwischen den vonseiten der Chemie-Industrie kommunizierten allgemeinen Fakten einerseits und ihrer subjektiven Wahrnehmung auf Seite der Menschen im Zuge von Einzelbeispielen andererseits entstehen. Zwar ist die Branche bestrebt, die negativen Effekte ihres Handelns für die Gesellschaft beständig zu minimieren; sie wird jene Effekte indes niemals vollständig vermeiden können. Anders formuliert: Die erheblichen Vorteile, die die Chemie-Branche den Menschen für ein Leben in Wohlstand und Sicherheit bieten kann, sind nicht ohne die Akzeptanz von Kosten zu haben. Umso wichtiger ist es daher, einen offenen und ehrlichen Dialog über die gesellschaftliche Akzeptanz der Chemie-Industrie und deren Bedingungen zu führen.

4. Die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz gegenüber der Chemie-Industrie verlangt vor allem eigenes Engagement, aber auch die Unterstützung anderer.

Als Sozialpartner werden wir gemeinsam mit den anderen Akteuren in unserer Branche dazu ermutigen, weiter den erfolgreichen Kurs des Dialogs und der Transparenz zu verfolgen und auszubauen: Erstens sollte unsere Branche künftig noch stärker vor allem ihre Kompetenzen und Potenziale im Umfeld umwelt- und klimarelevanter Fragestellungen herausstellen mit dem Ziel, in jenen Fragen nicht länger als Teil des Problems, sondern vielmehr als Quelle von Lösungen wahrgenommen zu werden. Dabei sollen auch weiterhin die Risiken chemischer Wertschöpfungsprozesse und die Möglichkeiten ihrer Minimierung offen angesprochen und bei auftretenden Zielkonflikten mit den Betroffenen diskutiert werden.

Zweitens muss unsere Branche daran arbeiten, die Sinnhaftigkeit ihrer Leistungen für die gesellschaftliche Zusammenarbeit bis in die Lebenswelt des Einzelnen noch deutlicher herauszustellen. Vertrauen gründet auf Verständnis, und um Verständnis für die Anliegen und Handlungen anderer aufbringen zu können, müssen Menschen den dahinterliegenden Sinn verstehen können.

Drittens wollen die Sozialpartner in diesem Zusammenhang stärker als bisher die Belegschaften als Multiplikatoren gewinnen. Mit ihrem Wissen über Produktionsverfahren, Abläufe und Sicherheitsstandards können sie in ihren Umfeldern wichtige Beiträge leisten, um allgemeinen Vorurteilen gegenüber der Chemie-Branche entgegenzuwirken.

Ungeachtet dessen ist die Chemie-Branche zum Erhalt und Ausbau ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz auf die Unterstützung anderer angewiesen. Neben einer fairen, auf Fakten basierenden medialen Berichterstattung zählt dazu insbesondere ein hinreichendes industriepolitisches Engagement: In ihrer gestaltenden Funktion nimmt die Politik erstens wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland vor und vermittelt damit zweitens den Bürgern Orientierung im Hinblick auf die Relevanz einzelner Wirtschaftszweige. Hier sind BAVC und IG BCE auf vielfältige Weise in ihren spe-

ziellen Kontexten aktiv. Der nachweisbar wichtige Beitrag der Chemie-Branche zur Sozialen Marktwirtschaft muss sich daher auch in den Argumenten und Entscheidungen der Politik widerspiegeln, um für die Bürger glaubwürdig zu erscheinen. Dies bedeutet, dass sich die Politik in gesellschaftlichen Diskursen über die Vor- und Nachteile industrieller Wertschöpfung und die Chancen sowie Risiken notwendiger Innovationen zwar sachgerecht engagiert. Sie darf indes die Debatten nicht opportunistisch – zum Vorteil parteipolitischer Profilierung und auf Kosten der Unternehmen und ihrer Beschäftigten – ausnutzen. Maßstab für industriepolitische Entscheidungen kann nur das Wohl der Menschen sein; das verlangt eine sorgfältige und bedachte Abwägung von Vorteilen einerseits und den für ihre Entstehung in Kauf zu nehmenden Nachteilen andererseits. Dabei gilt es insbesondere auch, im Lichte globalen Wettbewerbs über den Tellerrand Deutschlands hinauszublicken und die langfristigen Folgen industriepolitischer Entscheidungen im Blick zu halten.

Grundsätzlich gilt: Die Chemie-Branche kann den Menschen in vielfacher Hinsicht dienen, wenn die Menschen bereit sind, dafür begrenzte und überschaubare Zumutungen in Kauf zu nehmen. Wenn indes Medien oder Politik gegen jegliche Unannehmlichkeit zu Felde ziehen, stellen sie damit den Menschen direkt oder indirekt die Möglichkeit einer „kostenlosen“ Nutzung der Annehmlichkeiten des Lebens in Aussicht: Es entsteht dann der Eindruck, dass alle von den Vorteilen industrieller Fertigung – vom Automobil bis zur Zahnbürste – profitieren können, ohne dafür Nachteile, etwa die Nachbarschaft zu einer Produktionsanlage oder die mit einer Innovation verbundenen, kalkulierbaren Risiken, in Kauf nehmen zu müssen. Solche unrealistischen Versprechen fördern erstens die subjektive Wahrnehmung gesellschaftlicher Widersprüche, welche zweitens zur Erosion der gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber der Chemie-Branche beiträgt, die schließlich drittens langfristig ihren Bestand und damit Arbeitsplätze gefährden kann.

Vor diesem Hintergrund liegt der Erhalt gesellschaftlicher Akzeptanz zunächst in der Verantwortung der Chemie-Branche selbst: Sie bürgt für die Versprechen, die sie gegenüber den Menschen abgibt; sei es im Hinblick auf die von ihr entwickelten Problemlösungen oder auf die dabei zur Anwendung kommenden Maßnahmen der Risikominimierung und Begrenzung negativer Effekte. Jene Anstrengungen können von den Menschen indessen nur dann wahrgenommen werden, wenn sie nicht von Medien oder Politik durch unerfüllbare, gleichwohl attraktivere Versprechen konterkariert werden. Die Verantwortung zum Erhalt einer leistungsfähigen Chemie-Branche als eine der tragenden Säulen unserer Volkswirtschaft tragen letztlich alle gesellschaftlichen Akteure. Die Sozialpartner BAVC und IG BCE werden ihren Teil zu beitragen.